

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

20.2.1862 (No. 43)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 20. Februar.

N. 43.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 1 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

## Telegramme.

**München, 19. Febr.** Die „Neue Münchener Zeitung“ (Regierungsorgan) sagt: „Die preussische Note vom 14. d. M. bricht die Brücke nicht ab, verbrennt nicht die Schiffe. Sie erwartet weitere Vorschläge Oesterreichs und der Mittelstaaten. Das wir an der durch die Bundesgesetze vorgeschriebenen Stellung nichts aufgeben können, springt in die Augen. Gleichwohl halten wir eine Wiederannäherung nicht für unmöglich, viellecht eben sogar bei jener brennenden Frage, die noch kürzlich am meisten trennte: — bei der Krähelstein.“ Auch die dänisch-deutsche Angelegenheit — fügt das Blatt bei — sei auf dem Wege zum Bessern.

**Kopenhagen, 18. Febr.** Bei der heutigen Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung der Verfassung, bemerkte der Conventionspräsident: Die konstitutionelle Wiedervereinigung Holsteins und Lauenburgs mit den übrigen Landesheilen sei abhängig von der vollständigen Uebereinstimmung des Reichsraths und der holsteinischen Ständeversammlung, die einander vollkommen selbständig und unabhängig gegenüberstehen. Der Minister des Innern bemerkt: Die Vereinigung sei nur nach einer vollständigen Verfassungsrevision möglich. Die Uneinigkeit und die unheilvolle Situation sei theilweise darin begründet, daß man das holsteinische Volk mit der holsteinischen Ritterschaft verwechselt. Er sei überzeugt, daß das holsteinische Volk, wenn es sich augenblicklich auch darin finde, daß die Ritterschaft das Wort führt, doch nicht deren Theorien huldige; es sei eines der dreifachen Kunststücke der holsteinischen Ritterschaft, daß sie es durch das Ausschließen der deutschen Sprache verstanden habe, Freiheitswünsche niederzuhalten, welche ganz gewiß im Innern des holsteinischen Volks wohnen.

**Turin, 18. Febr.** Garibaldi hat der Subskription zum Besten der Lyoner Arbeiter seine volle Zustimmung gegeben und sie aufs wärmste empfohlen. Die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, die in Urlaub befindlichen oder detachirten Offiziere hätten Befehl erhalten, sofort zu ihren resp. Korps zurückzukehren, ist erfunden.

**Turin, 18. Febr.** Die heutige „Turin. Ztg.“ enthält folgende Nachricht: Ein Attentat auf den französischen Botschafter in Rom, Hrn. v. Lavallette, wurde durch Jäger verhindert. Drei der Attentäter wurden verhaftet und werden Samstag vor ein aus Franzosen zusammengesetztes Gericht gestellt werden.

**Breslau, 18. Febr.** Die „Schles. Ztg.“ vernimmt aus Warschau von wohlunterrichteter Seite, daß, falls die Ruhe fortbauere, der Kaiser selbst im Frühjahr nach Warschau kommen werde.

**Nagusa, 18. Febr.** (Hess. Bl.) Mahmud Bey besiegte heute mit einem türkischen Jägerbataillon das Grenzjollamt Zurina.

**Neu-York, 6. Febr.** (Manh. J.) Nach den neuesten Berichten aus Mexiko hat die Uneinigkeit im Innern ihr Ende gefunden. Alle Parteien vereinigen sich, um der fremden Invasion zu widerstehen. — Lincoln (!) und der Kriegsminister übernehmen den Oberbefehl über die Armeen. Mac Clellan eine Abtheilung des Potomac-Kommandos.

## Badischer Landtag.

**Karlsruhe, 18. Febr.** Siebenzehnte öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Hildebrandt. (Schluß.)

Die Kammer geht über zu der Berathung des Berichts des Abg. Pöppel über die Rechnungsnachweisungen der Eisenbahn-Betriebsverwaltung.

Abg. Kapferer wünscht eine Erweiterung der Billetausgabe für Nebenstationen, und führt beispielsweise Denzlingen an, wo eine sehr frequente Postverbindung mit Bülbingen und Württemberg bestehe und nach der bestehenden Verordnung auf Nebenstationen unterhalb Offenburg keine direkten Billete verabfolgt werden. Es dürfte wohl hier leicht Abhilfe zu schaffen sein.

Ministerialrath Nicolai stellt solche in Aussicht, wo ein Bedürfnis dazu sich zeige.

Abg. Paravicini bittet, bei der Errichtung neuer Telegraphenstationen auch solche Orte zu berücksichtigen, die nicht an der Eisenbahn gelegen sind.

Abg. Moll: Er wolle bei dieser Gelegenheit der großh. Regierung einige dringende Wünsche an's Herz legen. Der Gütertransport sei für den Handel und Verkehr ein wichtiger Faktor, der die volle Aufmerksamkeit und Berücksichtigung in Anspruch zu nehmen berechtigt sei. Wenn nun aber gerade in Beziehung auf diesen Transport die Eisenbahnen ein Monopol haben, dem Handel und Verkehr willenlos hinzugegeben seien — denn es handle sich nicht darum, ob man die Eisenbahn benutzen wolle oder nicht, man sei eben darauf angewiesen —, so fordere man auch mit größtem Recht eine gewisse Garantie. Redner macht nun auf einige Mängel aufmerksam, namentlich auf die ungleiche Klassifizierung, den Mangel, daß

manche Bahnen Wagonladungen für Güter noch nicht eingerichtet haben u. Diese Mängel berühren uns scheinbar nicht direct, aber er spreche hier auch vom allgemeinen Standpunkte, und überdies sei Handel und Verkehr nicht an Grenzen gebunden. Redner macht weiter auf die Ungleichheiten und die unverhältnismäßige Verschiedenheit der Tariffätze für den innern und für den durchgehenden Verkehr als auf einen Hauptpunkt aufmerksam. Während z. B. im durchgehenden Verkehr Kopeien von Stettin nach Wien nur 23 Sgr. Fracht zahle, betrage die letztere von Wien nach Breslau und dann von da nach Stettin 47 Sgr. Die Beseitigung solcher, den Handel auf das empfindlichste berührenden Mängel, sei natürlich; eine gewisse Begünstigung des durchgehenden Verkehrs sei natürlich; sie müsse aber auf ein billiges Maß zurückgeführt werden. Schon der deutsche Handelstag in Heidelberg habe auf diese Mißverhältnisse aufmerksam gemacht; er (Redner) wolle sich über die Mittel und Wege der Abhilfe sein Urtheil erlauben, hoffe aber, daß die großh. Regierung ihren Einfluß in dieser Beziehung geltend machen werde.

Der Präsident des Handelsministeriums, Geh. Rath Weizel: In der Hauptsache sei er mit dem Vorredner einverstanden. Die Differenzen in den Güterfracht-Sätzen seien ein Mißstand, dessen Abstellung man in Baden möglichst bewerkstelligen wolle. Schwieriger stelle sich die Sache nach außen, insbesondere wenn man die Mittel erwägt, die einer Regierung zu Gebot stehen, nicht bloß auf sämtliche deutsche Staats- oder Privatbahnen, sondern auch auf außerdeutsche einzurichten. Die Regierung habe bisher die möglichste Aufhebung drückender Ungleichheiten erstrebt; auch in dem deutschen Eisenbahn-Verein. Es habe die Sache aber namentlich in dem großen deutschen Eisenbahn-Verein ihre großen Schwierigkeiten. Redner führt als schlagendes Beispiel an, daß ungeachtet der höchsten Wahrscheinlichkeit, daß das deutsche Handelsgesetzbuch in allen Staaten eingeführt werde, sich doch eine Reihe von deutschen Eisenbahnen nicht dazu verstanden, das auf das Handelsgesetzbuch gegründete Gütertransport-Reglement anzunehmen; es sei der Moment nahe gewesen, daß der directe Verkehr der deutschen Eisenbahnen durch den Widerspruch von einigen 20 in der Mitte liegenden Bahnen wäre aufgehoben worden, und doch hätten die letztern sich klar machen müssen, daß sie sich in nicht langer Zeit den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches fügen müßten. Was übrigens von Seite der Regierung geschehen könne, werde er später angeben. Er glaube aber, am wirksamsten könne hier von Seiten des deutschen Handelstages eingeschritten werden; die Regierung habe mit einiger Umgehung den Arbeiten desselben entgegenzusehen, und noch weniger habe er (Redner) diese Frage in Berlin in Anregung gebracht.

Abg. Schaaff wünscht, daß das noch mangelhafte Telegraphenwesen ausgedehnt werde.

Der Präsident des Handelsministeriums, Geh. Rath Weizel: In das außerordentliche Budget sind 79,800 fl. für Anlegung neuer Telegraphenlinien ausgenommen.

Abg. Knies: Die vom Abg. Moll angeregte Frage über die Tariffätze sei nicht so einfach zu entscheiden.

Redner stellt hierauf an die Regierung die doppelte Anfrage, warum man die Eisenbahn-Retourbillete auf Sonn- und Festtage beschränke, statt alltäglich solche auszugeben, was im Interesse des Publikums liege, und zweitens, ob es nicht möglich sei, das Beispiel anderer Bahnen nachzuahmen und auch bei Schnellzügen eine III. Wagenklasse, wenn auch mit etwas erhöhtem Preis, einzurichten.

Ministerialrath Nicolai: Die Ausgabe von Retourbilletten sei nur provisorisch und verjüchert, deshalb auf Sonntage beschränkt, man wolle erst sehen, ob sich die Einrichtung bewähre. Was den zweiten Wunsch betreffe, so könne er wenig Aussicht auf Erfüllung geben. Die Schnellzüge seien hauptsächlich für den durchgehenden Verkehr berechnet und ohnehin sei der Verkehr schon so groß, daß eine Steigerung durch Ausgabe von Wagen III. Klasse der Schnelligkeit der Züge Eintrag thun würde. Man habe im Gegentheil schon daran gedacht, ob man nicht die Schnellzüge auf Wagen I. Klasse beschränken solle.

Abg. Grosholz macht auf die unverhältnismäßig hohe Tare der Strecke Dos-Baden gegenüber andern aufmerksam.

Der Präsident des Handelsministeriums, Geh. Rath Weizel: Die gewünschte Ermäßigung sei bereits eingetreten, und es scheint, daß die Stadt Baden ihrem Abgeordneten davon noch keine Nachricht gegeben habe.

Abg. Artaria bittet mit Bezug auf den Vortrag des Abg. Moll die großh. Regierung, sie möge auf eine Aufhebung der verschiedenenartigen Klassifizierung der Waaren beim Uebergang von einer Bahn zur andern hinwirken.

Der Präsident des Handelsministeriums, Geh. Rath Weizel: Eine direkte Einwirkung sei schwierig, man müsse der Zeit das Meiste überlassen und dem Druck der Mehrheit der Bahnen auf die dissentirende Minderheit. Man müsse sich zunächst darauf beschränken, diese Minderheit bei jeder Gelegenheit durch ihr eigenes Benehmen in ihren eigenen Schaden zu bringen.

Abg. Artaria dankt der großh. Regierung für die ausgesprochenen Bestrebungen. Was den Versuch mit den Eisenbahn-Retourbilletten betreffe, so seien gerade für einen Versuch

die Wochentage geeigneter, um ein sicheres Bild zu geben, als die Sonntage, wo der Verkehr ein außergewöhnlicher sei.

Abg. Knies: Die von Seiten des großh. Regierungskommissärs gegen die Errichtung einer III. Wagenklasse bei Schnellzügen geltend gemachten Bedenken hätten ihn nicht überzeugt. Daß die Schnellzüge, weil sie hauptsächlich dem durchgehenden Verkehr dienen, keine III. Wagenklasse haben sollten, sei eben ein Zirkelschluß. Er bespreche ferner, daß der Verkehr hier größer sei, als z. B. auf der Köln-Mündener Bahn, wo die gewünschte Einrichtung besteht. Was aber die befürchtete Verminderung der Schnelligkeit durch starken Verkehr betreffe, so sei das rechte Mittel, dem abzuhelfen, nicht etwa eine Beschränkung auf die I. Wagenklasse, sondern man müsse eben einfach mehr Züge gehen lassen.

Ministerialrath Nicolai: Die Zahl der Züge sei schon so groß, daß eine Vermehrung fast unmöglich; allerwärts seien auch die Schnellzüge auf eine bestimmte Anzahl Achsen beschränkt, während bei uns Jeder mit dem Schnellzug befördert würde.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Friderich, Moll und Schaaff wird dieser Gegenstand verlassen.

Bei Tit. III. c., besondere Kosten für Unterhaltung der Bahngelände, spricht Abg. Heidenreich den Wunsch aus, die großh. Regierung möge bei Eisenbahnhochbauten die neue Bedeckungsart mit glasirten und unglasirten Ziegeln nur dann zulassen, wenn die Tüchtigkeit und Brauchbarkeit dieser Bedeckung unzweifelhaft sei.

Abg. Vär: Diese Bedeckung, über deren Werth man noch nicht im Klaren, werde vorläufig nur bei unbedeutenden Gebäuden angewendet.

Es wird hierauf der Kommissionsantrag, die Einnahmen mit 9,752,471 fl. 41 kr., die Ausgaben mit 5,160,162 fl. 48 kr. für gerechtfertigt zu erklären, angenommen. Ebenso nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Moll und Ministerialraths Nicolai über die Entsernung des Eisenbahn-Betriebsmaterials, besonders der Wagen, außerhalb des Landes, der weitere Kommissionsantrag, die im außerordentlichen Etat zur Verwendung gekommene Summe von 888,000 fl. 54 kr. für gerechtfertigt zu erklären.

Es wird hierauf zu dem Theil des Berichts übergegangen, welcher den Antheil der badischen Staatskasse an den Reinerträgen der Main-Neckar-Bahn behandelt. Auf einige Bemerkungen des Abg. Kirsner bezüglich der Rentabilität und Verwaltung der genannten Bahn erwidert der Präsident des Handelsministeriums, Geh. Rath Weizel: Die Verwaltung der Main-Neckar-Bahn sei eine viel zu kostspielige, wenn sie auch als kombinierte immer etwas theurer als andere sein müsse. Es sei in der letzten Zeit von der großh. Regierung ein ausführlicher Organisationsplan an die bei der Bahn theilhaftigen Staaten abgeschickt worden, aber noch keine Antwort erfolgt; die Angelegenheit werde aber energisch verfolgt werden.

Der Kommissionsantrag, den der badischen Staatskasse provisorisch zugeschiedenen Antheil an dem Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn und des Staatstelegraphen längs dieser Bahn mit zusammen 201,562 fl. 9 kr. für unbeanktend zu erklären, wird hierauf angenommen, und nachdem noch der Abg. Regener den Wunsch ausgesprochen, daß die Form der Rechnungsnachweisungen eine kürzere und zugänglichere sein möge, die Sitzung geschlossen.

Die in der heutigen Sitzung eingelaufenen Petitionen sind folgende:

- 1) Bitte der Fischereimeister Anton Deurer und Johann Baptist Stork von Ueberlingen, um pachtweise Abtretung der staatlichen Fischereirechte an den Uferplätzen des Bodensees betr.; übergeben vom Abg. Haager.
- 2) Bitte des Altbürgermeisters Andreas Becherer von Prechthal, Amts Waldkirch, um Ertheilung der Wirtschaftsgerechtigkeitsdaseilich; eingereicht durch den Abg. Kapferer.
- 3) Bitte der Gemeinden Müllheim und Sulzburg, die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten betreffend; übergeben vom Abg. Heidenreich.
- 4) Bitte mehrerer Bürger der Stadtgemeinde Breisach um Abhilfe des Gemeindezustandes in Breisach; übergeben vom Abg. Knies.
- 5) Bitte der Volksschullehrer des Bezirks Schopfheim, Versorgung der Schullehrer-Witwen und Waisen betr.; eingekommen beim Sekretariat.
- 6) Bitte des Kunstverlegers und Kupferdruckers Sommer-Günter in Heidelberg um Herstellung eines Rechtszustandes in einer in den Jahren 1858—1859 gegen ihn erhobenen Streitsache wegen Nachdruck eines Stahlstichs, „Schloß von Heidelberg“ betreffend; eingekommen beim Sekretariat.
- 7) Petition der Gemeinde Ahera, Rückgabe der im Jahr 1849 konfiszirten Waffen oder Entschädigung betreffend; eingekommen beim Sekretariat.
- 8) Bitte der Gemeinde Freudenberg um Abhaltung von Amtstagen daseilich; übergeben vom Abg. Walli.
- 9) Bitte der Gemeinden, resp. deren Vorsteher von Rothweil, Birkheim, Jechtingen, Birkhoffingen, Birkhoffel, Oberbergen mit Bogtsburg und Schelingen im Amtsbezirk Breisach, um Uebernahme der Buzinalpoststraße von Birkheim über Rothweil nach Schaffhausen in den allgemeinen Straßenverband; eingekommen beim Sekretariat.

10) Gleichlautende, meist lithographirte Petitionen gegen die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten, aus folgenden Gemeinden: Warmbach, V. A. Vörrach, übergeben vom Abg. Thoma; Bisingen, Vöhringen, Göttingen und Ueberlingen, V. A. Radolfzell, übergeben vom Abg. Haager; Schlierstadt, V. A. Adelsheim, übergeben vom Abg. Spohn; Bleichheim und Nordweil, Wagenstadt, Lutschfelden, Broggingen, Herbolzheim, V. A. Kenzingen, übergeben vom Abg. Sieb; Bräunlingen, V. A. Donauerschingen, übergeben vom Abg. Kirsner; Schwerzen, Butschingen, V. A. Waldshut, übergeben vom Abg. Kutschmann; Mingsheim, Heidelesheim, Untergrombach, Oberamts Bruchsal, übergeben vom Abg. Hildebrandt, Ballrechten, Griegheim, Norlingen, Bremgarten, Pfaffenweiler, Grunern, Ehrenstetten, V. A. Staufsen, übergeben vom Abg. Federer; Grafenhausen, V. A. Eutenheim, übergeben vom Abg. Schrey; Eutenweiler, V. A. Freiburg, übergeben vom Abg. Kries; Hochdorf, V. A. Freiburg, übergeben vom Abg. Fauler; Kircheln, Stetten, V. A. Vörrach; Kupprichhausen und Vengenrieden, Ballenberg, Löffingen, Wölchingen, Wündschbuch, Sommerdorf, V. A. Krautheim; Teiberg; Waltersbosen, Ebringen, Umkirch, V. A. Freiburg; Altheim, V. A. Waldbühl; Vargen, V. A. Redarbischofsheim; Weilheim, Kiefendach, Dogern, Wuch, V. A. Waldshut; von den Wahlmännern des Städtelbezirks Bruchsal; Eichersheim, Michelsfeld, V. A. Sinshelm; Derschweiler, V. A. Eutenheim; Waldorf, Metzigheim, Waierthal, Horrenberg, Balsfeld, V. A. Wiesloch; Strämpfelbrunn, V. A. Eberbach; Rinsheim, V. A. Buchen; Kiegel, V. A. Kenzingen; Untergrombach, V. A. Bruchsal; Schwenningen, V. A. Neßfisch; vom Gemeinderath und Ausschuss der Stadt Weinheim; Hainingen, Steinen, V. A. Vörrach; Sandweiler, V. A. Vaten; St. Georgen, Güntersthal, V. A. Freiburg, eingekommen beim Sekretariat.

Nachträglich bemerken wir, daß die in der 16. Sitzung eingelaufene Petition der Metzgermeister von Rastatt irrthümlich als vom Abg. Fauler übergeben angezeigt wurde, während sie vom Abg. de Haan eingereicht worden ist.

11) Karlsruhe, 19. Febr. Achtehnte öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 21. Febr., Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Kirsner über die Nachweisungen der in den Jahren 1859 und 1860 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung.

### Deutschland.

\* Karlsruhe, 19. Febr. Der „Karlsruher Anzeiger“ bringt heute einen Artikel, der also beginnt: „Ueber den Verlauf der gestrigen Nationalvereins-Versammlung dahier haben wir zwar schon Manches vernommen, aber es ist nicht authentisch genau und ausführlich genug, als daß wir in der Lage wären, unsern Lesern hierüber ein klares Bild zu entwerfen. Es wird gut sein, vorerst den offiziellen Bericht der „Karlsruher Zeitung“ abzuwarten. Einige Bemerkungen kann man hieran anknüpfen.“

Daß der Bericht unseres Blattes über die Nationalvereins-Versammlung vom vorigen Sonntag ein „offizieller“ sei, ist eine Insinuation, die wir mit aller Entschiedenheit ablehnen. Der „Anzeiger“ mußte wissen, daß unser Blatt überhaupt nichts Offizielles enthält, ausgenommen das, was im Amtlichen Theil zu lesen ist. Aber unser Artikel entbehrt auch der andern Eigenschaften, welche ihm der „Karlsruher Anzeiger“ abstreift. Er ist vielmehr lediglich die Privatarbeit unseres Referenten, und hat keinerlei Beziehung, weder direkte noch indirekte, zu Jemandem sonst.

† Weidelsberg, 18. Febr. Das Resultat der Wahlen zur evang. Kirchengemeinde-Versammlung, welche schon vor fünf Wochen vorgenommen wurden, ist endlich gestern von dem Vorstand des evang. Kirchengemeinderaths in den hiesigen Blättern bekannt gemacht worden. Der Grund der Verzögerung lag hauptsächlich darin, daß hier alle 80 Mitglieder von der ganzen Gemeinde gewählt wurden, was natürlich die Feststellung der Stimmzahl für jeden Einzelnen der Vorgesetzten erschwerte und dem Kirchengemeinderath viel mehr Arbeit machte. Als Gewähr gingen alle diejenigen hervor, welche von der Vorversammlung für die Wahl vorgeschlagen waren. Die Namen derselben waren auf gedruckten Zetteln enthalten, die von der Wahlkommission ohne den mindesten Anstand angenommen wurden. Der Ausschuss besteht aus 64 Mitgliedern und 16 Ersatzmännern. Es finden sich unter ihnen alle Stände vertreten, Professoren, Beamte, Lehrer, Kaufleute, Gewerbetreibende und Landwirthe. — Einiges Aufsehen macht gegenwärtig die vor einigen Tagen stattgefundene Verhaftung eines angeblichen Barons aus Kurland, der einen falschen Wechsel in Geld umzusetzen suchte, und zu dessen Habhaftwerdung zwei auswärtige Polizeibeamte hieher gekommen sein sollen. — Nächsten Samstag und Sonntag wird Dr. Grunert, Hofschauspieler aus Stuttgart, hier aufzutreten und zwar zuerst in „Macbeth“, dann in Rautenfrauch's „Jurist und Bauer“ und im „Eisgähndler“.

† Ludwigsburg, 17. Febr. (W. Sitzanz.) Bei der heute erfolgten Wahl dreier Mitglieder der Ritterschaft des Reichs in die Kammer der Abgeordneten wurden gewählt: Febr. v. Verlichingen, Oberst a. D. in Stuttgart, bisheriger Abgeordneter; Febr. v. Bannhäuser, k. Kammerherr zu Hemmingen, bisheriger Abgeordneter; Febr. v. Gemmingen, Oberjustizprofessor in Eßlingen.

† Homburg v. d. H., 17. Febr. (Fr. 3.) An die Stelle des verstorbenen Geh. Raths Dr. Banja wurde von dem Landgrafen der leibliche Regierungsrath Georg Fenner zum dirigirenden und Wirklichen Geheimen Rathe ernannt.

† Kassel, 17. Febr. Ueber die Steuererhebung gibt die „Kassel. Ztg.“ (Regierungsorgan) eine Aufklärung, die aber nicht das Geringste „aufklärt“, sondern das über diese

Angelegenheit Mittheilung nur bestätigt. Zunächst erinnert das Blatt daran, „daß nach dem Gesetz vom 23. Sept. 1848 der Steuerbeamte geradezu auf die Erhebung der Geldbeiträge angewiesen ist“, und fährt dann fort: „Wenn sich nun die dortigen (die „Kass. Ztg.“ meint die Hanauer) Schloßer geweigert haben, dazu behilflich zu sein, so wird Niemand die Weigerung eine sonderliche Bedeutung beimessen wollen, und es kann nicht auffallend gefunden werden, daß drei Mann der hiesigen Handwerkerkompagnie zu dieser Dienstleistung bei der Exekution verwendet worden sind. So viel wir vernahmen, hat bisher eine Beitreibung nur bei ungefähr 50 Personen stattgefunden, und es sind davon nicht etwa nur solche, welche die Steuern wirklich verweigert hatten, sondern auch eine nicht geringe Anzahl solcher Personen betroffen worden, die nur als Restanten in den Listen der Reiterei aufgezählt waren, indem man sich in der Reihenfolge nach dem alphabetischen Register der Restanten überhaupt gerichtet hat. Die meisten Personen haben daher entweder sogleich oder nur nach einigem Widerstreben Zahlung geleistet; andere haben die Schlüssel zu ihren Geldbehältnissen ausgeliefert, und nur bei wenigen hat in Folge beharrlicher Weigerung die Geldkasse eröffnet und der schuldige Betrag von dem Steuerbeamten daraus entnommen werden müssen. Da es bei einem Jeweilen nicht gelang, dessen eisernen Geldschrank aufzuschließen, wurde bei diesem und ebenso bei einem Silberarbeiter, bei welchem baare Geld nicht vorgefunden wurde, zur Pfändung von Gold- und Silberfachen geschritten. Während dieser einzelnen Fälle wirklicher Exekution war übrigens Hanau weniger eine Stadt, in welcher die Steuern verweigert werden, als vielmehr, welche ihre Steuerpflicht aufs eifrigste erfüllt. Wie schon mitgetheilt, ist der Antrag des steuerzahlenden Publikums so stark gewesen, daß der Stadtrath nicht im Stande gewesen ist, die Geschäfte zu bewältigen. Wegen dieser Bereitwilligkeit, und weil die Beitreibung von nicht notorischen Steuerverweigerern Beschwern verurteilt hat, soll dem Vernehmen nach die Fortsetzung der Beitreibung ausgesetzt worden sein, um eine unnötige Belästigung Wohlgefinnter zu vermeiden.“

X Koblenz, 18. Febr. Der Bau unserer festen Rheinbrücke, welcher mit mancherlei Hindernissen und Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, wird nunmehr endlich in wenigen Tagen zwar noch nicht begonnen, aber doch in das letzte Stadium der Vorarbeiten treten. Nachdem nämlich Plan, Kostenanschlag und Alles, was sonst erforderlich gewesen, um Hand an das wichtige Werk zu legen, längst in's Reine gebracht und die Einleitungen zum Beginn der Strompfeiler schon getroffen worden, ist von einigen Rheingegenschaftern, denen die Pläne mitgetheilt sind, der Einwand erhoben worden, daß die gewählte Form einer Bogenbrücke in Betreff der Schifffahrt Bedenken erzeuge, indem zwar die Höhe der Bogen über den mittleren Wasserstand die konventionmäßige, es dagegen ein Uebelstand sei, daß die Schiffe bei der Durchfahrt immer die Mitte der Bogen halten müßten, was oft schwierig und mit Gefahren verbunden wäre. Die reklamirenden Rheingegenschafter fordern daher eine Güter- oder Raftenbrücke, wie sie auch bei Köln erbaut worden. Daß eine solche hier nicht projektiert ist, rührt davon her, daß höhere Orts die Bogenform vorgezogen worden ist, als die schönere und für die schnelle Umgebung passendere. Zu Vermeidung fernern Zeitverlustes wird eine Kommission die Frage schon in nächster Woche entscheiden. — Die Köln-Düsseldorfer Dampfschifffahrt hat im verflossenen Jahre schöne Resultate erzielt. Nach den auf der stattgehabten Generalversammlung vorgelegten Berichten beförderte sie über eine halbe Million Reisende, ein Ergebnis, das auch von denen nicht übertroffen erreicht wurden. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 6 Prozent.

Gotha, 17. Febr. (Fr. P. 3.) Heute trat der gemeinliche Landtag hier wieder zusammen und erhielt als erste Vorlage einen die Regierungsüberweisung betreffenden Entwurf. Dieser nur aus einem Artikel bestehende Entwurf bestimmt, daß der Cousin des Herzogs, der Prinz August von Koburg (Sohn des Herzogs Ferdinand von Koburg-Kohary und Gemahl der Prinzessin Clementine von Orleans), die Regierungsüberweisung für den Fall führen solle, daß der Herzog mit Tod abgehe, bevor der Thronfolger, der Prinz Alfred von England, zur Regierungsmündigkeit gelangt sein würde. Der betreffende Erlaß berührt zugleich den Umstand, daß der Prinz August der katholischen Konfession angehöre, und bemerkt in dieser Beziehung, daß darin ein Hinderniß der Uebernahme der Regierungsüberweisung um deswillen nicht liegen könne, weil durch den bezüglichen Artikel des Staatsgrundgesetzes das protestantische Glaubensbekenntniß bloß von dem Regierungsverweser verlangt würde, der von diesem Gesetze selbst berufen sei. Außer anderen Vorlagen finanzieller und untergeordneter Natur wurde dem Landtage auch ein Dekret mitgetheilt, welches die Einführung der preussischen Militärverfassung behufs des Abschlusses der Militärkonvention betraf.

Weimar, 15. Febr. Der Ausschuss zur Beantwortung der großh. Propositionsschrift hat am 12. d. sich der ihm ertheilten Aufgabe entledigt. In seiner Antwort wird die Stelle der Propositionsschrift, welche die Berechtigung des Strebens nach einer dem nationalen Bedürfnisse der Gegenwart wirklich entsprechenden Besserung der derzeitigen Verfassung des gemeinsamen Vaterlandes anerkennt, freudig begrüßt. Darnach heißt es weiter:

Es hegt der Landtag die sichere Zuversicht, daß der Großherzog, sobald es gelten wird, dem allgemeinen Wohle Opfer zu bringen, unter Deutschlands Fürsten in erster Linie stehen werde. Nur die feste Zusammenfassung der gesammten Streitkräfte in einer Hand und eine einheitliche Vertretung dem Auslande gegenüber können der deutschen Nation die ihr gebührende Stellung unter den Völkern Europas vollkommen erringen. Deshalb erheischt das nationale Bedürfniß der Gegenwart die Schaffung einer Gewalt, welcher die militärische Führung und die diplomatische Vertretung nach außen allein zu übertragen sind. Ihre wahre Kraft und Lebensfähigkeit aber wird eine

solche Gewalt nur erlangen, wenn sie gestützt wird durch den patriotischen Geist des deutschen Volkes; daher tritt als das zweite gleich unerlässliche Erforderniß die Schaffung einer gemeinschaftlichen Vertretung, die Schaffung eines deutschen Parlaments, hervor. . . Nicht minder drängt es den Landtag, zu erklären, daß da, wo das gestörte Recht nach Wiederherstellung verlangt, diese endlich erfolgen möge. Wie für Sühnung der unerhörten Schmach in Schleswig-Holstein, so hastet Deutschlands Ehre für Wiederherstellung des gestörten Verfassungsrechtes in Kurhessen. Wohl sind Ew. K. Hoheit vorzugsweise berechtigt, jenen Wunsch und jenes Verlangen öffentlich auszusprechen, denn Ew. K. Hoheit Staatsregierung gehört zu den wenigen deutschen Regierungen, die dem gestörten Rechte den Schutz nie versagten. Es ist dem Landtag jetzt zum ersten Mal Veranlassung gegeben, über einen Vorschritt der großh. Regierung, welcher noch in die Regierungszeit Karl Friedrich's fällt, der aber erst in neuerer Zeit selbst bekräftigt worden ist, sich auszusprechen. Als im Jahr 1852 über das Einheitsrecht in der kurhessischen Verfassungsangelegenheit bei der Bundesversammlung verhandelt wurde, war es die großh. Regierung, welche fast allein das Recht des hessischen Volkes vertrat und die Aufrechterhaltung der Verfassung von 1831, sowie die Einberufung einer Ständeversammlung, nicht auf Grund eines einseitig erlassenen, sondern nach Vorschrift des verfassungsmäßig bestehenden Wahlgesetzes von 1849 verlangte. Der Landtag ergreift gern diese Gelegenheit, seine volle Anerkennung dieses Schrittes und des seit jener Zeit fortwährend von Ew. K. Hoheit eingeleiteten Verfahrens auszudrücken. Möge der Tag nicht mehr fern sein, an welchem die Verfassung Deutschlands die Möglichkeit bietet, das gestörte Recht überall thatkräftig wieder herzustellen.

Nach kurzer Debatte wurde diese Adresse heute einstimmig angenommen. Staatsminister v. Wagdorf erklärte ausdrücklich die Uebereinstimmung der Regierung in allen Punkten der Adresse. Der Abg. v. Abendroth machte einige Bedenken im großdeutschen Sinne geltend, stimmte jedoch mit Vorbehalt der von ihm vertretenen Ansicht für den ganzen Inhalt der Adresse.

Weimar, 17. Febr. Die „Weimar. Ztg.“ ist in den Stand gesetzt, die Rede, welche der Staatsminister v. Wagdorf beim Beginn der Debatte über den Anschlußantrag wegen Beantwortung der großh. Propositionsschrift hielt, ihrem wesentlichen Inhalt nach im Nachstehenden mitzutheilen:

Ich habe mir, meine Herren, lediglih beßhalb das Wort erbeten, um zu erklären, daß, mindestens in Folge des vorliegenden Adressenwurdes, das großh. Staatsministerium sich nicht veranlaßt findet, an der Debatte einen besondern Antheil zu nehmen. Die weimariße Regierung hat seit einer Reihe von Jahren die Ueberzeugung festgehalten und bei gegebener Gelegenheit auch außerhalb dieses Saales ausgesprochen, daß eine umfassende Reform unserer Bundesverfassung eine dringende Nothwendigkeit geworden sei; sie hat weiter die Ueberzeugung ausgesprochen, daß, wie wünschenswert auch Verbesserungen im Einzelnen sein mögen, doch eine wirkliche Beseitigung des vorhandenen Bedürfnisses nicht eintreten könne, wenn nicht in der Weise, wie der vorliegende Entwurf es andeutet, dem deutschen Volke auch in der europäischen Staatenfamilie diejenige Stellung verschafft werde, die es nach dem Maße seiner materiellen Bedeutung und seiner hohen geistigen Entwicklung in Anspruch nehmen kann; sie hat ebenso die Ueberzeugung ausgesprochen, daß zu diesem Ziele nicht gelangt werden könne, wenn nicht in angemessener Weise dem deutschen Volke auch eine Mitwirkung an seinen Angelegenheiten gewährt wird, und sie hält endlich die Ueberzeugung fest — dies halte ich für nothwendig, besonders hervorzuheben —, daß der große und unerschöpfbare Reichthum, den Deutschland durch seine Fertigkeit in Bezug auf die innere Entwicklung hat, mit andern Worten, daß die kräftige Entwicklung der Einzelstaaten zu Dem, wozu sie zunächst berufen sind, nur gesichert werden kann, wenn nach jeder Richtung das allgemeine Bedürfniß befriedigt wird. Das großh. Staatsministerium erkennt in dem vorliegenden Entwurf im Wesentlichen diese Gedanken wieder, und deshalb wird es, sofern nicht die Debatte eine besondere Veranlassung zu einem entgegengelegten Verfahren gibt, an der Verhandlung sich nicht weiter betheiligen.

Berlin, 17. Febr. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Es zirkuliren in verschiednen Blättern Nachrichten über angebliche engere Verbindnisse zwischen Preußen und den sechs Staaten, die mit ihm gemeinschaftlich die letzte Verwahrung gegen Preußen erlassen haben, Bündnisse, die entweder schon abgeschlossen seien oder deren Abschluß doch eingeleitet sei und in allernächster Zeit bevorstehe. Theils sollen dieselben Militärkonventionen — bezüglich des Oberbefehls über die gemeinschaftlichen Streitkräfte — der gedachten Staaten mit Preußen, theils eine gegenseitige Garantie des Bestandes zum Gegenstande haben. Die letztere könnte natürlich nur bedeuten, daß die Bundesgenossen Preußens den Bestand desselben schützen sollen, eine Aufgabe, die eintretenden Falls über deren Kräfte gehen dürfte. Wie man uns versichert, mißt man derartigen Nachrichten hier an unterrichteter Stelle keinen Glauben bei.

Berlin, 17. Febr. Wie schon gemeldet, ist von dem Abg. Vresgen und 15 rheinischen liberalen Katholiken, die der katholischen Partei nicht beigetreten sind, ein dritter Antrag in der deutschen Frage ausgegangen. Derselbe lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, daß es dringend gehalten ist:

- 1) Daß die königl. Staatsregierung die volle Verwirklichung des unversäuerlichen Rechtes der deutschen Nation, welches in der durch eine monarchische Centralgewalt und ein gemeinsames Parlament dargestellten staatlichen Einigung besteht, offen als das Ziel ihrer Politik anspricht und verfolgt, und
- 2) daß sie, um sich die zur Erreichung dieses Zieles nöthige Sympathie der deutschen Volkstämme zu erwerben und zu sichern, vor Allem den freisinnigen Ausbau der preussischen Verfassung in ihrem ursprünglichen Geiste und die Umgestaltung aller Einrichtungen im Staate, welche mit derselben nicht vollständig im Einklange sind, — ernst und kräftig in die Hand nimmt.

Erhöhet: Die Nothwendigkeit einer einheitlichen Centralgewalt, wenigstens in militärischen, diplomatischen und handelspolitischen Angelegenheiten. Die Berechtigung des deutschen Volkes zur Mitwirkung bei der Leitung dieser Angelegenheiten in einem gemeinsamen deutschen Parlament. Die Nothwendigkeit der Sympathie des deutschen Volkes, um

bieser deutschen Politik Preussens Eingang und Erfolg zu verschaffen. Die Erwerbung dieser Sympathie durch die Begründung eines Staatslebens innerhalb Preussens, wie es den Bedürfnissen der deutschen Volkstämme, und zwar auch der in freilichtlicher Beziehung am meisten fortgeschrittenen entspricht.

Die Fortschrittspartei gab am Samstag Abend nach der heftigen Debatte im Saal der Trierbüch'schen Ressource den Mitgliedern des demokratischen Zentralwahlkomitee's und der liberalen Presse ein Festessen. Unter den Gästen befand sich auch Hr. v. Bennigsen aus Hannover. Als Redner traten auf die H. v. Henning und v. Urcub, Dr. Jabel, Dr. Birchow, Waldeck, Twesfen, Laddel, Luning, Wenda und Schulze aus Delitzsch. Auch Hr. v. Bennigsen hielt einen Toast.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister ist in der Kommission des Herrenhauses mit 8 gegen 4 Stimmen angenommen worden, nur mit der grundsätzlichen und eingreifenden Abänderung, daß im §. 2 des Gesetzes die Beschränkung der Verantwortlichkeit der Minister auf die Fälle, wo die durch die Verfassungsurkunde gewährleisteten Rechte „unter Zuhilfenahme gegen ausdrückliche Gesetzesvorschriften“ geschieht, abgeändert ist. Damit ist eine Verurteilung und gleichzeitige Erhebung einer Anklage erleichtert. Alle weiteren Abänderungen sollen unbedeutend und meist nur formaler Natur sein in veränderter Fassung der Paragraphen des Gesetzes.

Wie man der „Zeit“ schreibt, kann der Abschluß des Handelsvertrags mit Frankreich nunmehr als gesichert betrachtet werden.

Berlin, 18. Febr. In dem am letzten Sonntag vom König abgeleiteten Kabinettsconseil soll außer anderen Gegenständen der auswärtigen Politik namentlich auch die Frage wegen Anerkennung des Königreichs Italien in Erörterung gezogen worden sein. Wie versichert wird, ist bis jetzt eine Entscheidung über diese Frage noch nicht getroffen. Im Kabinet sollen hinsichtlich derselben wesentliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Man glaubt aber, daß die bezügliche Entscheidung in nächster Zeit erfolgen werde, da die Regierung zu dem beim Abgeordnetenhaus in Betreff Italiens eingebrachten Antrage auf bestimmte Weise Stellung zu nehmen hat. — Se. Maj. der König nahm heute Morgen den Vortrag des Ministers Grafen Bernstorff entgegen. Heute früh hatte der Handelsminister v. d. Heydt im Ministerium des Auswärtigen eine Besprechung mit dem Grafen Bernstorff. Ueberhaupt gibt sich seit einigen Tagen in den höchsten Regierungskreisen eine sehr lebhafteste Bewegung kund. — Der Finanzminister v. Patow ist seit vorgestern empfindlich, wurde dadurch aber gestern Abend nicht gehindert, bei dem in seinem Hotel veranstalteten Gesellschaftsfest den Wirth zu machen. — Auf Befehl des Königs sind sämtliche Truppenteile angewiesen worden, die Zivilbehörden zur Abwendung von Uebereilmüthigkeiten sorgsam zu unterstützen, und wo die Noth es fordert, mit allen Kräften Hilfe zu leisten. Ueber solche Hilfsleistungen sind bereits aus mehreren Provinzen nähere Berichte hier eingegangen. — Der königl. Generaladjutant, Generalleutnant v. Bonin, welcher in der vorigen Woche an einer Lungenerkrankung schwer erkrankt war, befindet sich nunmehr auf dem Wege entschiedener Besserung. — Neuere Bemerkungen nach sollen die höchsten Entscheidungen über die Wiederbesetzung der erledigten Gesandtschaften noch nicht in Aussicht genommen zu sein. Als künftiger Vertreter Preussens am französischen Hof wird fortwährend in erster Reihe der Geh. Rath v. Bischoffshausen genannt.

Wien, 17. Febr. Die „Presse“ schreibt: „Der Impuls zur Abfassung und Ueberreichung der identischen Noten in Berlin ging von hier aus; die Regierungen von Hannover und Dresden wurden für diesen Schritt, wie verlautet, durch die dafelbst akkreditirten Gesandten, Graf Ingelheim und Baron Werner, gewonnen. Die beiden genannten Diplomaten waren bekanntlich vor kurzem auf einige Tage nach Wien gekommen; damals soll man die einleitenden Schritte zu dem großen Schachzuge vorbereitet haben. Baron Werner und Graf Ingelheim sollen bei dem H. v. Veust und Borries seine schweren Bedenken zu überwinden gehandelt haben. Als diffizil will man die betreffenden Verhandlungen mit den Regierungen von München, Stuttgart, Darmstadt und Nassau schildern, welche aber doch vom Grafen Blome mit Erfolg durchgeführt wurden. Graf Blome ist bekanntlich Vertreter Oesterreichs in Hamburg; in München, Stuttgart, Nassau und Darmstadt sind andere Diplomaten mit reichen Gehältern systemförmig; die Thätigkeit derselben wird aber allem Anschein nach in außerordentlichen Fällen nicht in Anspruch genommen.“

Man schreibt der „Allgem. Ztg.“: Wenn das preussische Kabinet erklärt, bestimmte gebaltene Reformvorschlüge abwarten zu wollen, so dürfte es darauf nicht lange zu warten haben, da die auf die Angelegenheit Bezug habenden Verhandlungen zwischen Oesterreich und seinen Verbündeten ihrem befriedigenden Abschluß entgegengehen.

Bregenz, 15. Febr. (Sch. M.) Vor wenigen Tagen wurde von Seiten des Presbyteriums der hier gebildeten protestantischen Gemeinde die Wahl eines Pfarrers vorgenommen und als solcher Hr. Köhler von Vödrach erwählt. Eine protestantische Schule, die bereits besteht, wird Erweiterung finden, auch zu Feldkirch soll eine Hülfskirche für Religionsunterricht errichtet werden.

Prag, 15. Febr. Der Landesausschuß hat beschlossen, die Stadtakademie anzugeben, daß dieselbe im ganzen Lande eine offizielle Feier des Jahresfestes der Verleihung der Verfassung und der Landesordnung und in der Hauptstadt eine Theater-Festvorstellung veranlasse. Baron Kellersperg hat hievon die Bischöfe verständigt und das Konsistorium seinerseits eine kirchliche Feier angeordnet. Auch der hiesige Stadtrath hat heute beschlossen, den 26. Febr. offiziell zu feiern und einem Teedum beizuwohnen.

### Frankreich.

Paris, 18. Febr. Die „Patrie“ widerlegt die Nachricht von der Niederlage der Spanier in Mexico. Puente-National“ befindet sich 70 Kilometer von Vera-Cruz auf der Straße nach Mexico, und die Spanier hätten sich vor Ankunft der Franzosen nicht über 15 Kilometer von Vera-Cruz entfernt. Außerdem hätten die albirten Truppen keine isolirte Operation vorgenommen und Vera-Cruz nicht verlassen.

Dasselbe Blatt beschwerte sich dieser Tage darüber, daß der römische Hof es nicht einmal für nöthig gehalten habe, die französische Regierung von Mittheilung ihres Transaktionsvorschlages zu bitten, und daß der Cardinal Antonelli die Eröffnungen des Hrn. Cavaletti mit einem kurzen non possumus zurückgewiesen habe. Wie man dem „Schw. Merk.“ schreibt, hatte der französische Gesandte in der That folgenden Transaktionsentwurf in der Tasche:

Der heil. Vater wird die nominelle Oberlehensherrlichkeit über den ganzen, aus den Kirchenstaaten bestehenden Theil Italiens und die absolute Oberlehensherrlichkeit über die Stadt Rom und das Gebiet des heil. Petrus behalten. Diese letzteren werden einen besondern Staat bilden, verwaltert durch eine ausschließlich weltliche Regierung, die aus zwei Kammern zusammengesetzt ist: einem Senat und einer aus der Volkswahl hervorgegangenen Deputirtenkammer. Der heil. Vater wird die Senatoren ernennen. Der Präsident des Senats erhält den Titel „Senator Rom“ und durch Delegation die politischen Gewalten. Er wird alle zwei Jahre vom Papst ernannt; er selber ernannt die Minister und besorgt alle Geschäfte, um den Papst in die Lage zu bringen, sich ausschließlich seinen religiösen Pflichten zu widmen. Alles geschieht im Einverständnis mit den römischen Kammern, wie in einer konstitutionellen Regierung. Was die Oberlehensherrlichkeit über die andern Theile der Kirchenstaaten anbelangt, so wird sie vermittelt eines Tribunals ausgeübt, welchen die Provinzen dem heil. Vater zahlen werden; aber sie gehören in administrativer und politischer Beziehung zum Königreich Italien. Die weltlichen Mächte werden dem Papst Subsidien zahlen und die Sicherheit dieser Konvention verbürgen.

Paris, 18. Febr. Im Gesetzgeb. Körper wurde gestern nach einer sehr heftigen Diskussion mit 221 gegen 14 Stimmen das Gesetz votirt, womit der Credit foncier ermächtigt wird, den religiösen und Wohlthätigkeitsgesellschaften Darlehen zu machen, um die Aufzahlung an den Staat bei Konversion ihrer Renten zu leisten. Hr. Javal sprach die Ansicht aus, daß die von der Regierung so hoch in Anschlag gebrachte Vermehrung des Kapitals für die öffentlichen Anstalten eine Illusion sei, wenn sie nicht, als unvergängliche Wesen, auch jene sehr entfernte Zeit erleben werden, wo der Staat im Stande sein wird, seine 3 Proz. heimzuzahlen. Derselbe Abgeordnete sucht nachzuweisen, daß bei dem festgesetzten Zins von 5 Proz. und 30 Ct. Kommission die Wohlthätigkeitsanstalten in der Lage seien, dem Credit foncier 5 Fr. 30 Ct. per Jahr zu zahlen, während sie vom Staat nur 4 Fr. 50 Ct. erhalten. Graf Patour bemerkt, daß die Wohlthätigen Anstalten seit 10 Jahren fast  $\frac{1}{10}$  ihres Budgets verloren und daß die neue Konversion ihnen 600,000 Fr. Rente kosten werde, wozu Hr. Picard beifügt, daß die 45 Millionen, welche der Staat von den öffentlichen Anstalten erwartet, das Klarste bei der ganzen fatalistischen Konversionsgeschichte seien. Der Credit foncier wurde heftig angegriffen und ihm vorgeworfen, eine Spekulationsanstalt geworden zu sein, anstatt den Bedürfnissen des Grundbesitzes Rechnung zu tragen. Auch die Lage der Spitäler kam zur Sprache, wobei man erfährt, daß eine Kommission die Spitäler von Berlin und London besichtigte, daß sie dieselben mit den ähnlichen Anstalten in Paris verglich, und daß letztere Anstalten hinter ersteren zurückblieben. — Trotz allerlei officiellen und nichtoffiziellen Ermunterungen will es mit der Konversion nicht recht vorwärts gehen. Außer dem „Constitutionnel“ und dem „Pays“ hat noch Niemand bemerkt, daß sich die Rentiers zu den Konversionsanstalten drängen; dagegen werden die Dürres vor den Transaktionsbüreaux immer länger. — Die Nachrichten aus Lyon und St. Etienne lauten fortwährend sehr traurig. In mehreren Stadttheilen von Lyon sind die Kaffeehäuser geschlossen, da die Herausretenden von der Menge hungernder Leute nicht immer auf dem nötigen Wege angelockt werden. 30,000 Arbeiter sind nur 3 Stunden des Tags beschäftigt, an 20,000 sind ganz arbeitslos. In Lille und Rouen soll es zur Ruhe kommen gekommen sein. — Dem „Propagateur de Lille“ zufolge wurden auf dem Messbureau (bureau de mesurage) 2225 Stück Sielste von Bourcoing weniger präsentirt, als im Januar v. J.; in Roubaix beträgt die Differenz zwischen beiden Epochen 9005 Stück. — 3 Proz. 70.40. Di. 590. Ital. Ank. 68.35.

### Italien.

Turin, 15. Febr. (Rdn. Ztg.) Jetzt hat man auch in Bologna demonstirt, und zwar aus Anlaß herausfordernder Äußerungen einiger der clerikalen Partei angehörenden Studenten. Die Ordnung wurde glücklicher Weise nicht gestört. In einigen kleineren Städten hat es ebenfalls noch Demonstrationen gegeben, jedoch scheint die Bewegung den Höhepunkt jetzt überschritten zu haben. Nicolsoli schreibt ein, so weit es ohne unnöthige Verletzung der liberalen Prinzipien geschehen kann. Er glaubt übrigens nicht, daß die Aktionspartei eine ernstliche Verwicklung herauszubekommen im Stande ist, da er der Loyalität Garibaldi's gewiß ist. Die H. Cassi, Crispi und Morini sind zwar so eben nach Cabrera gereist, um den General für die am 9. März in Genua stattfindende demokratische Generalversammlung zu gewinnen; jedoch haben sie Schwierigkeiten eine besonders freundliche Aufnahme zu gewärtigen. Garibaldi läßt sich nicht irre führen, und man erwartet von ihm in den nächsten Tagen irgend eine öffentliche Äußerung, welche seine Gesinnungen über die Kriegspläne Allen kundgibt. — Rossi ist nach kurzem Aufenthalt nach Genua abgereist, wo seine Familie wohnt.

### Großbritannien.

London, 15. Febr. In der letzten Unterhaus-sitzung beantwortete Lord Palmerston der Reihe nach verschiedene Anfragen: Zwei Missionen nach Dahomey — sagt er — sind leider erfolglos ge-

blieben. Die Menschenopfer sind eben dort gerade so populär wie die Gladiatorenspiele bei den alten Römern oder die Stiergeheile bei den Spaniern. Doch wird die Regierung von neuen Versuchen, auf den König von Dahomey zu wirken, sich nicht absprechen lassen. (Hört! hört!) Die Befegung von Lagos hat dem Sklavenhandel in jener Gegend bereits ein Ende angelegt. In Folge des Bürgerkriegs in Amerika hat die amerikanische Regierung die meisten ihrer Kreuzer von der afrikanischen Küste abgerufen; aber es ist gewiß, daß sie es mit der Geltendmachung der Befehle gegen den Sklavenhandel ernst meint, und nach der Beendigung des gegenwärtigen unglücklichen Kampfes, gleichviel ob die Republik dann eine oder zwei Regierungen hat, werden die amerikanischen Behörden mit uns gegen den Seelenhändler kräftig operiren. Unsere Unterhandlungen mit Belgien, die im freundschaftlichen Sinne vor sich gehen, werden, wie ich zuversichtlich hoffe, zu einem Vertrage führen, der Großbritannien auf den Fuß der bestfreundlichen Nation stellen und durch keine mit dem Schmelzergesetz zusammenhängende Bedingung beeinträchtigt sein wird. Es ist wahr, wie bemerkt worden, daß Belgien den diplomatischen Bemühungen Englands seine Unabhängigkeit größtentheils zu danken hat. Nun, wenn man einem Volke eine freie Verfassung gibt, wodurch die Leidenschaften und Vorurtheile der Bevölkerung eine lebendige Vertretung erhalten, so muß man sich auf die Ungelegenheiten gefaßt machen, die aus jenen Leidenschaften und Vorurtheilen nothwendig entspringen. Diese Erfahrung haben wir auch in Spanien und Portugal gemacht. Wit in England selbst haben auch lange am Schutzgoll gehangen. Die Belgier sind in ihrer politischen Bildung noch nicht so weit gelangt, um gleich uns ihre Täuschung zu erkennen; und sie machen uns das Kompliment, die Konkurrenz der englischen Industrie mehr als die der französischen zu fürchten. Aber die ehrenwerthen Gentlemen sollten sich nicht dem Glauben überlassen, daß das auswärtige Amt die Handelsinteressen der Nation vernachlässige und nur politische Zwecke im Auge habe. Im Auslande macht man uns den entgegen-gesetzten Vorwurf, daß wir uns in unserer Politik meist von Handels-rücksichten leiten lassen. Man betrachtet uns als eine egoistische Macht, die nur auf ihre Handelsvortheile sehe, und macht uns einen Vorwurf daraus. Die Zollvereins-Billie sind in der That sehr hoch. In Deutschland bildele man sich lange Zeit ein, daß wir dem Freihandel nur das Wort reden, um Deutschland zu ruiniren, um es mit unseren Waaren zu überschwemmen und die deutsche Industrie zu erdrücken. Man sah nicht ein, daß aller Handel ein Tausch ist, und daß die Deutschen, um unsere Waaren bezahlen zu können, selber Waaren der einen oder andern Art hervorbringen müssen. In der That sind die Vorstellungen von dem verderblichen Einfluß des Freihandels sind, wie ich zuversichtlich hoffe, im Schwinden begriffen. Die Verdienste Mr. Cobden's um das Zustandekommen des Handelsvertrages mit Frankreich sind wirklich unschätzbar, und es liegt nur an seinem überspannten Zartgefühl, daß er bei jener Gelegenheit kein glänzendes Zeichen von der Güte der Krone empfangen hat. (Cheers.) Er lebte es aus Beweggründen ab, die ihm sehr zur Ehre gereichen. Doch hat seine Weigerung mir selbst sehr schmerzliche Bedauern verursacht. Das ehrenwerthe Mitglied für North Warwickshire (Newdegate) schreibt die Noth der Seidenbauern ab von Coventry dem französischen Vertrage zu, anstatt dem Umstande, daß die Damen nicht mehr so viel Seidenbänder tragen. Auf die Revolutionen der Weibe hat das auswärtige Amt keinen Einfluß. (Geister.) Besagen sich die Stahlarbeiter von Sheffield, daß sie weniger Rastrichter abgeben, so zeigt man auf die vollen Wärrer der Männerwelt; und wenn sie weniger dem Menschenleben gefährliche Werkzeuge verfertigen, so arbeiten sie dafür, Dank der Modegötin, an jenen Stahlreifen im Frauengewand, die leider in anderer Weise auch oft tödtliche Wirkungen haben. (Gelächter.)

London, 17. Febr. Die Londoner Blätter haben sich in den letzten Tagen mehrfach mit der deutschen Note n-angelegenheit beschäftigt. Die meisten stellen sich auf die preussische und liberale Seite, und bedauern nur, daß hier an maßgebendem Ort nicht genug Thatskraft zu bemerken sei. So z. B. „Times“, „Chronicle“ und „Daily News“. Sehr ernst sieht „Morn. Post“ die Sache an; sie fürchtet fast eine Trennung zwischen Süd und Nord, wie in Nordamerika. Die deutschen Noten kommen in ihrer Meinung ziemlich schlecht weg; sie ist geneigt, zu glauben, daß von Seiten Oesterreichs in der Hauptsache Alles auf den Wunsch einer Garantierung seines außerdeutschen Länderbestandes hinauslaufen werde. Der „Advertiser“ zeigt eine gleichmäßige Antipathie gegen Preußen, wie gegen Oesterreich.

### Vermischte Nachrichten.

München, 17. Febr. Vorgestern hat die Dr. Hipp. Ger. Rath und Abgeordnete Dr. Kauf und gestern der Professor der Physiologie Dr. G. Harles.

Der Ausgabebetrag des Hoftheaters zu Darmstadt beträgt nach dem „Hess. Bl.“ ungefähr 175,000 fl. jährlich, wozu der Großherzog 130- bis 135,000 fl. beiträgt.

Der Dichter des „Lairdreviers“, Leopold Schefer (geb. 1784) ist am 13. Febr. in Folge eines wiederholten Schlaganfalls zu Wiesbaden gestorben.

Freiburg, 15. Febr. Folgende Serien des Lotterie-Ansehens sind gezogen worden: 4222, 2956, 2567, 2832, 57, 2593, 6408, 7254, 185, 3557, 2364, 4225, 4011, 2538, 2878, 6104, 566, 5743, 1432, 4994.

### Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 20. Febr. 1. Quartal. 26. Abonnementsvorstellung. Die Hochzeitsreise; Lustspiel in 2 Akten von Roderich Benedix. Hierauf: Gute Nacht, Herr Pantalon; komische Oper in 1 Akt, nach dem Französischen des Lortroy und Dr. Morvan von C. Grünbaum. Musik von Orisar. Zum Beschluß: Der Kurmärker und die Picarde; Genrebild in 1 Akt von Louis Schneider.

Freitag, 21. Febr. Fünftes Abonnementskonzert des großh. Hoforchesters im großen Saale des Museums für das Gesammtpublikum.

Sonntag, 23. Febr. 1. Quartal. 27. Abonnementsvorstellung. Die Zauberflöte; Oper in 2 Akten von Mozart. „Tadino“ — Hr. Brandes, als Cass.

